Wittgensteiner Zeitung

Die „Wittgensteiner Zeitung" erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage, und kostet monatlich 2 Mark / Postscheckkonto 404 49 Köln Girokonto: Kreis-Sparkasse Laasphe Nr. 89

Tageszeitung für den Kreis Wittgenstein

Mit der wöchentlichen Beilage „Heimat und Welt"

Schriftleitung, Druck und Verlag von Ernst Schmidt in Laasphe

Anzeigen: 1 mm hoch, 42 mm breit 10 Pfg. Familien- und Kleine Anzeigen .... 8 Pfg. Reklamen: 1 mm hoch, 90 mm breit 50 Pfg. :-: Bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif :-:

Nummer 88 | Fernsprecher Nr. 1 | Laasphe, Dienstag den 16. April 1929 | 54. Jahrgang

Neues vom Tage.

— Im Haushaltausschuß des Reichstags erklärte Staatssekretär Dr. Meißner, der Reichspräsident, der an einer Grippe erkrankt war, befinde sich jetzt auf dem Wege zur vollen Genesung.

— Ein Antrag auf Haftentlassung des elsässischen Autonomisten Dr. Roos, der sich in Untersuchungshaft befindet, ist abgelehnt worden. Bekanntlich hat sich Dr. Roos den französischen Behörden freiwillig gestellt, um eine Revision des im Kolmarer Autonomistenprozeß gegen ihn ergangenen Abwesenheits-Urteils zu erlangen.

— Die französische Regierung hat die drei italienischen faszistischen Blätter, „Impero", „Tevere" und „A—Z" für ganz Frankreich verboten. Das Verbot erfolgt wegen „unqualifizierter Angriffe" auf Frankreich.

— Bei der Kammerersatzwahl für einen verstorbenen sozialistischen Abgeordneten wurde der bekannte Führer der französischen Sozialisten, Leon Blum, in die Kammer gewählt.

— Reichsbankdirektor Müller ist in Angora eingetroffen. Er besucht die türkische Hauptstadt um auf Einladung der Regierung an der Organisation der neuen türkischen Staatsbank mitzuwirken.

— Ein Offizier und zwei Unteroffiziere der amerikanischen Marine sind bei einem Flugzeugabsturz in Nicaragua getötet worden.

Krise.

Man mußte von vornherein damit rechnen, daß es in den Pariser Reparationsverhandlungen zur Krise kommt, sobald sie bei ihrer wichtigsten Aufgabe — Festsetzung der Gesamthöhe und der Jahresraten für die deutschen Tributzahlungen — angelangt sind. Diese Erwartung hat sich nun erfüllt. Die Sachverständigenkonferenz ist tatsächlich an ihrem Krisenpunkt angelangt, weil die von den Ententevertretern geforderten Reparationssummen auch die schlimmsten deutschen Erwartungen noch weit übertroffen haben und daher auf deutscher Seite abgelehnt werden mußten. Ob die ganze Konferenz nun überhaupt noch zu irgendeinem positiven Ergebnis gelangen kann, ist heute fraglicher geworden denn je.

Deutschland ist in die Pariser Verhandlungen hineingegangen in der ehrlichen Absicht, seine wirtschaftliche und finanzielle Lage von seinen eigenen Delegierten völlig ungeschminkt darstellen und diese Angaben sodann von den Sachverständigen der Gegenseite prüfen zu lassen. Das war auch von der Entente ursprünglich als Zweck der ganzen Konferenz bezeichnet worden. Man war sich ausdrücklich darüber einig, daß es sich keineswegs um eine große politische Auseinandersetzung handeln dürfe, sondern lediglich um die Behandlung der Reparationsfragen vom wirtschaftlichen Standpunkt aus. Was kann Deutschland leisten, ohne in seiner Wirtschaft und in seiner Währung so geschädigt zu werden, daß daraus als Konsequenz auch eine Schädigung der Wirtschaft der Gläubigerstaaten entsteht? Diese Frage sollte von den in Paris versammelten Finanzgrößen und Wirtschaftskennern Deutschlands und der Ententestaaten unvoreingenommen geprüft werden. Ob das wirklich geschehen ist, läßt sich von außen her nicht sagen, da die Verhandlungen naturgemäß vertraulich geführt werden mußten. Was man aber in der Pariser Presse las, ließ erkennen, daß man dort diese wahre Aufgabe der Konferenz nicht sah oder nicht sehen wollte: man merkte, daß es den Pariser Zeitungen, die mit einem teilweise recht aufgeregten Geschreibe die Arbeiten der Konferenz begleiteten, nicht um wirtschaftliche, sondern nur um politische Dinge zu tun war. Nämlich um die Frage, auf welchem Wege man aus Deutschland eine möglichst große Summe an Tributgeldern herauspressen könne. Ob die Ententedelegierten unter dem Eindruck dieser Artikel standen und handelten, wissen wir nicht. Aber soviel ist sicher, wenn sie jetzt von Deutschland geradezu phantastisch hohe Summen verlangen, dann sieht es wirklich so aus, als hätten auch sie sich weit mehr vom politischen als vom wirtschaftlichen Gesichtspunkte leiten lassen.

Es ist begreiflich, daß man sich in Deutschland angesichts der jetzt eingetretenen Krise vielfach mit der Frage befaßt, was geschehen würde, wenn die Pariser Konferenz tatsächlich ohne praktisches Ergebnis auseinander gehen müßte. In diesem Falle würde natürlich der sogenannte „Dawes-Plan", der die deutschen Tributverpflichtungen zurzeit regelt, einfach weiterdauern. Dieser Dawes-Plan sieht für jedes Jahr eine Reparationszahlung Deutschlands in Höhe von 2,5 Milliarden Goldmark vor. Aber er enthält auch die Bestimmung, daß die Reparationsleistung durch einen Spruch des Reparationsagenten dann ermäßigt werden kann und ermäßigt werden muß, wenn durch die Ueberführung einer so großen Summe deutschen Geldes in fremde Währung die deutsche Valuta Schaden leidet. Diese Bestimmung ist in der oft genannten „Transferklausel" des Dawes-Vertrages niedergelegt. Sie ist für Deutschland selbstverständlich von allergrößter Wichtigkeit, weil sie einen starken Schutz für die deutsche Währung bedeutet. Die Entente hat uns diesen Schutz natürlich nicht aus Interesse für Deutschlands Wohlergehen gewährt, sondern aus ganz egoistischen Beweggründen: sie wolle nicht haben, daß die deutsche Währung schlechter wird, weil ihr sonst Deutschland auf dem Weltmarkt wieder ein sehr gefährlicher Konkurrent werden würde und weil außerdem die Gefahr bestünde, daß sie dann, weil mit dem entwerteten Geld ja keine Devisen zu kaufen wären, überhaupt keine Reparationssummen mehr erhalten würde. Daher also die Sorge für eine gute deutsche Valuta. Wenn nun aber die Pariser Konferenz ergebnislos auseinandergeht, dann könnte sehr bald der Zeitpunkt eintreten, zu dem die Transferklausel des Dawes-Vertrages in Kraft tritt. Dann nämlich, wenn die Aufbringung der Jahresraten von 2,5 Milliarden Mark die deutsche Leistungsfähigkeit übersteigt.

Aus dem Gesagten ergibt sich, daß Deutschland dem Ausgang der Pariser Beratungen mit Ruhe entgegensehen kann. Unsere Sachverständigen werden sich einfach sagen: nimmt man auf die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Deutschlands keine Rücksicht, mutet man uns also die Zahlung von Summen zu, die Deutschland nicht aufbringen kann, dann bleibt für uns nur die entschiedene und endgültige Ablehnung derartiger Zumutungen übrig.

Eröffnung der Abrüstungskonferenz.

Wie aus Genf gemeldet wird, wurde dort am Montag die Tagung der vorbereitenden Abrüstungskonferenz unter Vorsitz des Pariser holländischen Gesandten, Landon, eröffnet. Sämtliche in der Kommission vertretenen 27 Regierungen sind diesmal durch besonders starke Abordnungen vertreten. Deutschland wird durch Graf Bernstorff, die Vereinigten Staaten durch Botschafter Gibson, die Sowjetregierung durch Litwinoff vertreten. Die Tagung wurde mit einer allgemein gehaltenen Rede des Präsidenten eröffnet. Wie allgemein erwartet worden war, machte der Präsident keine Vorschläge über die jetzt weiter einzuschlagenden Arbeitsmethoden der Abrüstungskommission, in der vorläufig noch unüberbrückbare Gegensätze in den Auffassungen der einzelnen Abordnungen bestehen.

Auf französischer Seite wird gefordert, daß die Kommission sich zunächst mit den sowjetrussischen Abrüstungsvorschlägen befassen soll, um hier von vornherein eine Festlegung der Arbeiten der Kommission über die grundsätzlichen Abrüstungsfragen zu verhindern. Auf deutscher Seite fordert man dagegen mit großer Entschiedenheit, daß die in der Denkschrift der Reichsregierung eingehend erörterten Aussprachen über die Beschränkung der ausgebildeten Reserven und die Beschränkung des gesamten Kriegsmaterials auf dieser Tagung endgültig zur Verhandlung gelangen. Wie von amerikanischer Seite mitgeteilt wird, wird der Botschafter Gibson diese deutschen Anträge unterstützen.

Die Rede Laudons.

In seiner Ansprache wies der Präsident der Abrüstungskommission darauf hin, daß die Kommission nicht dazu zusammenberufen sei, um jetzt bereits die zweite Lesung des Konventionsentwurfes vorzunehmen. Er erklärte, man würde sich keinen Illusionen hingeben. Seine Verhandlungen mit den einzelnen Regierungen im letzten Jahre hätten gezeigt, daß über die Hauptfragen der Abrüstung noch keine Einigung erzielt worden sei. Aus diesem Grunde sei es auch nicht möglich, die vorbereitenden Arbeiten zum Abschluß zu bringen, um dann an die Einberufung der allgemeinen Abrüstungskonferenz zu schreiten. Die Kommission habe vielmehr lediglich die Aufgabe einige Rechtspunkte zu klären, die auf der letzten Tagung noch nicht verhandelt worden seien.

Der Präsident stellte sodann fest, daß die öffentliche Meinung in allen Ländern im wachsenden Maße Beunruhigung über den langsamen Verlauf der Abrüstungsarbeiten zeige. Die öffentliche Meinung müsse sich jedoch darüber klar werden, daß die Abrüstung nur Schritt für Schritt in unmittelbarem Zusammenhang mit den Fragen der Sicherheiten erreicht werden könnte. Die Kommission werde sich unter den gegenwärtigen Umständen daher zunächst mit dem sowjetrussischen Abrüstungsvorschlag zu befassen haben sowie mit den deutschen Anträgen über die Veröffentlichung der Rüstungsziffern.

Die Rede des Präsidenten zeigt eindeutig, daß man auf der englisch-französischen Seite mit allen Mitteln bestrebt ist, eine sachliche, grundlegende Arbeit auf dieser Tagung zu verhindern und daß sich die Kommission lediglich mit einer Anzahl geringfügiger und unbedeutender Fragen befassen will.

Graf Bernstorff beantragte, die deutschen Vorschläge in der übermittelten Denkschrift der Reichsregierung auf die Tagesordnung zu setzen. Der Präsident gab dem statt. Nach unwesentlicher Debatte vertagte sich die Konferenz auf Dienstag.

Lloyd George sagt: „Die Alliierten haben Deutschland ihr Wort gebrochen."

In einem Zeitungsartikel sagt der frühere englische Ministerpräsident Lloyd George, ein wesentlicher Bestandteil der Politik, die mit dem Völkerbundsentwurf zusammengehangen habe, sei die Entwaffnung gewesen. Auf die Entwaffnung Deutschlands hätte die der Alliierten folgen müssen.

Es unterliege keinem Zweifel, daß die Alliierten ihr Wort gebrochen hätten. Sie hätten nichts getan, um ihrer feierlichen Verpflichtung gegenüber Deutschland, die in den Entwaffnungsprotokollen enthalten sei, nachzukommen. Die Anzahl der Soldaten sei bei ihnen heute größer als vor dem Kriege. Frankreich habe sogar den kleinen Staaten Anleihen unter der Bedingung gegeben, daß es diese zu Rüstungen verwende. Die Staatsleute müßten sich daran gewöhnen, Streitigkeiten auf friedlichem Wege auszutragen. Das Rheinland müsse geräumt werden. Die dauernde Besetzung deutschen Gebietes durch fremde Truppen sei eine dauernde Bedrohung des Friedens. Sie sei zur Durchführung des Versailler Friedensvertrages nicht nötig. England müsse seinen ganzen Einfluß geltend machen, damit das feierliche Versprechen gegenüber Deutschland nach dem Buchstaben ausgeführt werde.

*

Der Ausschuß für die Minderheitenfrage.

Der vom Völkerbundsrat eingesetzte Dreierausschuß für die Erstattung eines Berichtes über die Minderheiten wird am 28. April unter Vorsitz Chamberlains in London zusammentreten. Er wird sich vor allen Dingen mit einem Memorandum beschäftigen, das von den Mächten der Kleinen Entente, ferner von Polen und Griechenland, dem Sekretariat übergeben wurde. Darüber hinaus wird er sich auch mit dem von den gleichen Mächten vor einigen Wochen bereits dem Völkerbunde unterbreiteten Memorandum beschäftigen, das die rechtliche Zuständigkeit des Ausschusses bestritt und auch dem Völkerbund das Recht aberkannte, irgendwelche anderen Schritte für eine wirksame Durchführung seiner Garantien der Rechte der Minderheiten zu ergreifen.

Dieses erste Memorandum hatte unter den Großmächten beträchtliche Verstimmung und Bedauern hervorgerufen. Das nun dem Völkerbundssekretariat übergebene neue Schriftstück wird als Ersatz für das erste angesehen, nachdem sich die Kleine Entente, Polen und Griechenland darüber klar geworden waren, daß die Großmächte nicht gewillt seien, dieser Herausforderung nachzugeben.

Der Pariser Zahlenkampf.

Höchst- oder Mindestziffern.

Ueber die derzeitige Lage in den Reparationsverhandlungen wird aus Berlin mitgeteilt: Eine Abschrift der am Samstag von den Gläubigerstaaten Deutschland überreichten Denkschrift ist inzwischen nach Berlin übermittelt worden. Da man noch mit der Uebersetzung des in englischer Sprache abgefaßten Schriftstückes beschäftigt ist, kann über den Inhalt noch nichts mitgeteilt werden.

Auf Grund der Mitteilungen im Pariser „Matin" glaubt man in unterrichteten Kreisen in Berlin annehmen zu dürfen, daß es sich nicht um ein Mindestprogramm der Gläubigerstaaten handelt. Vielmehr glaubt man Veranlassung für die Annahme zu haben, daß die Gläubigerstaaten Deutschland Höchstziffern vorgelegt haben. Falls diese noch unbestätigte Annahme zutreffen sollte, so rechnet man mit der Möglichkeit, daß die Denkschrift eine neue Erörterungsgrundlage abgeben wird. Sollte es sich aber wider Erwarten tatsächlich um ein Mindestprogramm handeln, so ist die Lage als sehr ernst anzusehen.

Für Deutschland unannehmbar.

Die Vormittagssitzung der Sachverständigen wurde am Montag nach 1½stündiger Dauer auf Dienstag vormittag 11 Uhr vertagt. Wie verlautet, sind die versammelten Sachverständigen durch die deutschen Vertreter nicht im unklaren darüber gelassen worden, daß die Vorschläge der vier Hauptgläubigermächte für Deutschland unannehmbar seien.

Die Absicht, die Denkschrift zu veröffentlichen, ist von der Konferenz fallen gelassen worden, da man allgemein annahm, daß hierdurch der Denkschrift eine zu große Bedeutung beigelegt werden würde. Eine Veröffentlichung erwies sich auch insofern als verspätet, weil das wesentliche über die Zahlen durch die Presse bekannt geworden ist.

Eine amerikanische Denkschrift.

Wie „New York Herald" aus Washington meldet, fand im Anschluß an eine 1½stündige Besprechung zwischen dem Präsidenten Hoover, dem Staatssekretär des Auswärtigen, Stimson, und dem Schatzsekretär, Mellon, eine einstündige Besprechung zwischen Stimson und dem Unterstaatssekretär im Schatzministerium, Mels, zur Vorbereitung einer Denkschrift über die Haltung der amerikanischen Regierung statt, die für Young und Morgan bestimmt ist.

Es ist zwar nicht bekannt geworden, ob die Lage die Vereinigten Staaten gezwungen hat, endgültig Stellung zu den deutschen Jahreszahlungen zu nehmen, aber man betrachtet es als bezeichnend, daß es in der Besprechung dazu kam, eine deutsche Gesamtschuld durch den Sachverständigenausschuß festzusetzen, die, wie in Washington erklärt wird, sowohl von Young, wie von Morgan für zu hoch erachtet wird.

Die Not des deutschen Ostens.

Der Unsinn der deutschen Ostgrenze. — Die deutsch-polnischen Beziehungen. — Das Minderheitenrecht.

Der Vorsitzende der Zentrumspartei, Reichstagsabg. Prälat Kaas, machte auf einem Ostparteitag des Zentrums in Breslau bemerkenswerte Ausführungen über die brennenden Fragen des deutschen Ostens. Die Grenzziehung im Osten, so führte er u. a. aus, sei ein wirtschaftlicher Unsinn, ein Versuch mit explosiven Möglichkeiten.

Darum bin ich der Auffassung", so fuhr Prälat Kaas fort, „daß man uns das auch jenseits der Grenze nicht als aggressive Geste auslegen darf, wenn wir die Hand auf die Wunde legen und sagen: entweder finden die Staatsmänner der Welt den Mut und die Größe, ihren Völkern zu sagen, daß hier eine Wund blutet, die nach Heilung verlangt, oder sie haben es sich selbst zuzuschreiben, wenn an Stelle der Heilung nur Verschärfung der Gegensätze eintritt. Bezüglich der außenpolitischen Weiterentwicklung im Osten sei er nicht optimistisch, wenn es der Frage nachzudenken gelte, ob die Möglichkeit einer naheliegenden Grenzberichtigung bestehe.

Unter den jetzigen Wirtschaftsbeziehungen könnten Deutschland und Polen nicht weiterleben. Wir seien selbstverständlich bereit, diesen Zustand zu beenden, auch unter Opfern, aber unsere eigene notleidende Wirtschaft, unsere mehr und mehr in ihrer Ertragsfähigkeit bedrohte Landwirtschaft verlange eine Lösung der handelspolitischen Fragen zwischen Deutschland und Polen, die ihr nicht den Todesstoß gebe.

Noch eine zweite Wolke der nachbarlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Polen überschatte uns: die Frage der Minderheitenpolitik. Als Delegierter in Genf sei er zu der Ueberzeugung gekommen, daß diese Minderheitenfrage der Angelpunkt des europäischen Friedens sei. Entweder es ließen sich die durch den Krieg neu entstandenen Staaten dazu herbei, großzügig zu sein gegen ihre Minderheiten, oder sie dürften sich nicht wundern, wenn die so hervorgerufenen Explosivkräfte sich früher oder später gegen die Welt wendeten.

Spanien.

Vertrauenskundgebung für Primo de Rivera.

In Madrid fand die schon seit längerer Zeit vorbereitete Kundgebung für Primo de Rivera statt. Nach Schätzung der Veranstalter haben an der Kundgebung annähernd 100 000 Leute teilgenommen. An einer Stelle kam es zu unbedeutenden Zusammenstößen zwischen Polizei und etwa 300 demonstrierenden Studenten, die, ohne ernstlichen Widerstand zu leisten, auseinandergetrieben wurden.

Primo de Rivera begrüßte die Manifestanten mit verschiedenen Reden, die durch Lautsprecher übertragen wurden. Das wichtigste dabei war seine Erklärung, er betrachte diese Kundgebung als einen Beweis dafür, daß die Regierung das volle Vertrauen des Volkes genieße, und er benutze diese Gelegenheit, um eine milde Behandlung der Vorfälle der letzten Zeit in Aussicht zu stellen.

In der Nacht wurden an den Häusern der Hauptstraße von Madrid Anschläge angebracht, in denen es heißt: „Es lebe die Republik! Nieder mit der Diktatur!" Der Innenminister zog in Madrid bedeutende Polizeikräfte zusammen, die als Geheimpolizisten an dem Zuge, der anläßlich der Kundgebung stattfand, teilnahmen.

Neue spanische Rüstungen.

Wie aus Madrid gemeldet wird, erklärte Primo de Rivera im Zusammenhang mit der kürzlich erfolgten Veröffentlichung des neuen spanischen Flottenabkommens, daß Spanien, ohne an dem Wettrüsten teilnehmen zu wollen, das leider begonnen habe, eine Flotte besitzen müsse, die den Anforderungen infolge seiner geographischen Lage und seiner Kolonien entspreche.

Der Chef des spanischen Militärflugwesens Oberst Kindelan äußerte sich dahingehend, daß Spanien zu seiner Verteidigung eine Luftflotte von 2000 Flugzeugen benötige. In Friedenszeiten könnte die Zahl der Flugzeuge auf 1500 ermäßigt werden. Wie noch bekannt wird, sollen die spanischen Flottenstützpunkte mit moderner Artillerie ausgestattet werden.

Der mexikanische Aufstand zusammengebrochen.

Die Rebellen wollen sich ergeben.

Die mexikanische Regierung gibt bekannt, daß nach dem ihr vorliegenden Bericht die revolutionäre Bewegung bis auf den Staat Senora vollkommen unterdrückt sei. Auch in Senora sei die Lage der Aufständischen verzweifelt, denn der mexikanische Generalkonsul in Nogales habe die Regierung in Mexiko verständigt, daß fünf- bis sechstausend Mann der aufständischen Truppen unter dem Befehl von General Rabbate ihren Uebergang angeboten hätten unter der Bedingung, daß das Leben Rabbates und seiner Offiziere und Mannschaften geschont würde.

Der mexikanische Präsident erwiderte, daß nur eine bedingungslose Uebergabe in Frage kommen könnte.

Preußischer Landtag.

Berlin, 15. April.

Das Haus begann die

zweite Beratung des Haushalts des Kultusministeriums

mit der Aussprache über den ersten Abschnitt „Ministerium und allgemeine Zwecke, Volksschulbildung, evangelische und katholische Kirche". Verbunden damit war eine Reihe von Anträgen, worin unter anderem gefordert wird, daß der Erlaß über körperliche Züchtigung einer Nachprüfung unterzogen werde, daß der weibliche Einfluß in der Erziehung und Ausbildung der Mädchen auf dem Lande sichergestellt werde und daß Richtlinien für die Gestaltung der Reichsjugendwettkämpfe herausgegeben werden.

Abg. **Dr. Steffen** (D. Vp.) berichtete über die Verhandlungen des Hauptausschusses.

In der allgemeinen Aussprache führte Abg. **König-Potsdam** (Soz.) u. a. aus, es müßten eigentlich bei der geistigen Erziehung der Nation die Universitäten vorangehen. Diese hätten aber in den letzten zehn Jahren versagt. Hauptsächlich seien es die untersten Schichten gewesen, die die neuen Führer gestellt hätten. Deshalb müsse auch erheblich mehr zur Förderung der Begabten aus diesen Schichten getan werden.

Kultusminister Dr. Becker erklärte u. a., daß die Bedeutung der Schülerselbstmorde als Symptom sittlichen Verfalls überschätzt würde. Innerhalb der letzten 20 Jahre lägen die Höchstzahlen 84 und 72 in den Vorkriegsjahren, während die Zahlen für 1927 und 1928 58 und 46 betrügen. Der Minister warnte vor einer Ueberschätzung der Einwirkungsmöglichkeit der Schule in sittlicher Beziehung. Die Frage des Berechtigungswesens werde sich nicht durch Verordnung des Unterrichtsministers lösen lassen, sondern nur durch langsame Erholung der wirtschaftlichen Kräfte unseres Volkes und bis dahin durch Selbstbesinnung der großen berufsständischen Verbände. Zu begrüßen sei, daß im höheren Schulwesen trotz mancher Meinungsverschiedenheiten eine gewisse Beruhigung eingetreten sei.

Abg. **Meyer-Magdeburg** (Dntl.) betonte, es bestehe die Gefahr eines katastrophalen Lehrermangels. Den Versuch mit den Akademien könne man noch nicht als geglückt bezeichnen. Die Ausbildung der Lehrer an den Akademien müsse noch mehr Rücksicht nehmen auf die Tätigkeit der Landlehrer.

Abg. **Lauscher** (Ztr.) erklärte, in den letzten Jahren habe eine gewisse Degradierung der Religion in der Schule stattgefunden, die wieder behoben werden müsse. Ein Reichsschulgesetz sei dringend erforderlich. Nachdem es zunächst gescheitert sei, dürfe man nicht auf verwaltungstechnischem Wege der weltlichen Schule eine Grundlage geben.

Abg. **Dr. Ausländer** (Komm.) behauptete, von Beginn der gegenwärtigen Regierungskoalition in Preußen an habe die Verpflichtung zwischen Zentrum und Sozialdemokraten bestanden, ein Konkordat herbeizuführen, das nun wohl fertiggestellt wäre.

Abg. **Schwarzhaupt** (D. Vp.) bedauerte die Kürzungen der Zuschüsse an leistungsschwache Schulverbände um eine Million, was sich katastrophal auswirken müsse. Für einen Neubau der Frauenklinik in Marburg, die zur Zeit völlig unzulänglich untergebracht sei, müsse die erste Rate spätestens im nächsten Haushalt eingesetzt werden.

Abg. **Hoff** (Dem.) erklärte gegenüber dem Vorredner, daß Vorwürfe gegen die Personalpolitik des Kultusministers auch erhoben worden seien, als der Volksparteiler Bölitz diesen Posten innegehabt habe. Bölitz habe bei seiner Auswahl der Tüchtigen nur immer Volksparteiler gefunden.

Darauf wurde die Weiterberatung auf Dienstag 11 Uhr vertagt. Außerdem Wiederholung der Abstimmungen über die Gewerbesteuer und zum Berghaushalt.

Aus Laasphe und Umgegend.

Trauerfeier für Herrn Landrat Dr. Kretschmar.

Am Samstag mittag 11 Uhr versammelten sich laut Wittg. Kreisbl. im Sitzungssaale des Kreistagsgebäudes in Berleburg im Beisein der Beamten des Landratsamtes die Herren Kreistagsabgeordneten in fast voller Anzahl zu einer Gedächtnisfeier für den verstorbenen ersten Beamten des Kreises. Herr Bürgermeister Hornung als Kreisdeputierter eröffnete die Feierlichkeit mit entsprechenden Worten und dem Hinweis, daß, da er dem Verewigten bereits einen Nachruf in den Zeitungen im Namen des Kreistages gewidmet und auch am Grabe seinen schmerzlichen Gefühlen Ausdruck verliehen habe, er der Ansicht sei, daß zu der heutigen Trauerfeier ein gleichfalls Berufener das Wort nehmen solle und dazu habe sich Herr Baron v. Wittgenstein bereit gefunden. Einen warmherzigen und tiefempfundenen Nachruf widmete darauf das Kreistagsmitglied, Herr Baron v. Wittgenstein dem allverehrten Landrat und Förderer aller Kreisinstitute. Seine Worte waren ungefähr folgende: Sehr verehrte Trauerversammlung! Ein Anlaß ganz besonderer, schmerzlicher Art führt uns heute zusammen. Seit Bestehen des Kreises Wittgenstein als preußischer Landkreis seit 1817, ist zum ersten Mal ein Landrat hier in den Sielen gestorben. Besser als alle Worte zeigt uns der leere Stuhl hier, was wir verloren haben. Annähernd 12 Jahre hat Herr Landrat Dr. Kretschmar unsern Kreistag geleitet und an der Spitze des Kreises gestanden. Nicht bloß die Erfüllung einer dienstlichen Ehrenpflicht, sondern aus dem Herzen drängende Trauer hat uns hier versammelt. Die meisten der hier Versammelten haben vier Landräte erlebt und mit ihnen zusammen arbeiten dürfen, manche der Aelteren sogar fünf. Einer unter diesen Landräten trat besonders hervor durch seine Fähigkeit als Verwaltungsbeamter, ein anderer durch die Güte seines Herzens. Herr Landrat Dr. Kretschmar verband mit seltener Befähigung zum Verwaltungsbeamten reiche Gaben des Herzens; seine Wirksamkeit im Kreise ist aber vor allem gekennzeichnet durch die gewaltigen Ereignisse und Umwälzungen, die in diese Zeitspanne fielen und die den Landrat nicht nur vor besonders große und schwere Aufgaben stellten, sondern auch den Wert des Menschen bedingten. Eine solche Zeit bringt in ganz anderem Maße als frühere Jahrzehnte friedlicher Entwicklung die Menschen einander näher. Der Beginn der Amtszeit unseres Landrats Kretschmar fiel in die letzte schwerste Phase des Krieges. Der Not und Trauer dieser Zeit folgte die Erregung der Revolution mit all ihren Wirrnissen, abgelöst durch die vernichtende Not der Inflation und endlich die schwere Aufgabe der Ueberleitung unserer heimischen Wirtschaft in die geordneteren Verhältnisse der Stabilisierung. Keiner seiner Vorgänger hatte eine solche Fülle von Aufgaben zu lösen: Herr Landrat Kretschmar hat sie gelöst unter Einsatz seiner ganzen Person und mit einer Treue, die wir ihm nie vergessen dürfen! Der Ernst dieser 12 Jahre hat dazu geholfen, daß wir ihn in seinem Wert erkannten, und daß er in unserm Wittgensteiner Boden Wurzeln schlug. Manche Schatten haben in der ersten Zeit seines Hierseins die Freudigkeit seiner Arbeit gelähmt und verdunkelt und haben auch später noch an ihm genagt, dennoch hat er uns das niemals fühlen lassen, sondern mit immer neuer Kraft neues Arbeitsfeld gesucht und beackert, um unsern Kreis wirtschaftlich vorwärts zu bringen. Aus der Vielgestaltigkeit seines Wirkens kann hier nur skizzenhaft einiges herausgehoben werden. In die erste Revolutionszeit fiel die Gründung des Einigungsamtes für Arbeitsstreitigkeiten. Hier war Herr Landrat Kretschmar ganz besonders auf dem Plan und verstand es, dank seiner ruhigen Sachlichkeit und vornehmen Art zu verhandeln, die oft erregten Gemüter zu beruhigen und die streitenden Parteien zum Frieden zu bringen. Das Vertrauen, das aus jener Zeit erwuchs, hat nachgewirkt auf die späteren Jahre und hat den Grundstein gelegt für die spätere friedliche Zusammenarbeit aller Parteien und Berufsstände, die unserem Kreis zum Segen geworden ist. Ganz ohne Schatten und von glücklicher Entwicklung war die Gründung des Kommunalen Ueberlandwerks Wittgenstein, die zu einer Zeit erfolgte, als es keine Kleinigkeit war, in einem armen Kreis solche Kapitalien flüssig zu machen. Wer das Werk in seinem heutigen Stand betrachtet, der ahnt nicht mehr, welches Maß von Entschlußkraft damals notwendig war und welche Sorgen den verantwortlichen Leiter nur zu oft bedrückten in der Erkenntnis, daß der Kreis überschuldet würde, wenn die Inflation eine andere Entwicklung nahm. Dankbare Genugtuung können wir heute empfinden, daß es dem Entschlafenen vergönnt war, sich hier noch der Früchte seiner Arbeit zu erfreuen. Mit allen Fasern seiner Seele hat er an diesem Werk gehangen. Noch in den letzten Monaten seines Lebens ist es ihm gelungen, mit Weitblick und kühnem Entschluß dieses Werk zu krönen durch den Anschluß an ein leistungsfähiges, kommunales, großes Unternehmen, die Vereinigten Elektrizitätswerke Westfalen. Wenn es auch dem allzufrüh Verewigten nicht mehr möglich war, die letzte Ausreifung der Verschmelzung zu Ende zu führen, so hat er doch gewußt, daß sein Werk unter Dach und Fach gebracht war. Reiche Förderung ließ Herr Landrat Kretschmar dem Schulwesen angedeihen; aus unerquicklichen Anfängen ist es ihm gelungen, in Birkelbach eine wirtschaftliche Frauenschule des Reifensteiner Verbandes erstehen zu lassen, die nun den Namen des Kreises Wittgenstein hinausträgt in ferne Landesteile und so zu Erschließung unseres entlegenen Kreises helfen soll. Trotz aller Not der Zeit sind mit seiner Hilfe in vielen Gemeinden neue stattliche Schulgebäude erstanden. Ueberall war er, dank seiner guten Beziehungen mit Erfolg bemüht, Staatsbeihilfen zu erwirken, immer von dem Streben nach kultureller Förderung des ihm anvertrauten Kreises geleitet. Ueberall finden wir die Spuren des Segens seiner Arbeit! Die Geradheit seines Charakters und seine aufrichtige Gesinnung waren es, die unserem Landrat überall Helfer und Freunde zuführten, die ihn uns allen unvergeßlich machen. Das Andenken an ihn und seine Liebe zu unserer Wittgensteiner Heimat kann uns durch nichts verkümmert oder geschmälert werden. Wenn der Herr Regierungspräsident am Grabe die hervorragenden Fähigkeiten des Verstorbenen als Verwaltungsbeamter voll anerkannte und dabei aussprach, daß er öfter den Wunsch ausgedrückt habe, in einen größeren Wirkungskreis versetzt zu werden, so wissen wir alle, daß solche Gedanken nichts mit seinen Gesinnungen gegen uns und unseren Kreis zu tun hatten, sondern allein auf der Sorge um die Gesundheit seiner lieben Frau beruhten. Trotz solcher verständlichen Augenblicksstimmungen hing er mit seinem ganzen Herzen an unserem Wittgensteiner Land. Daß aber eben diese Frau ganz in den Gedanken ihres Gatten weiterlebt und in seinem Sinne handelt, beweist am besten, daß sie ihn unserer Wittgensteiner Erde anvertraute in der Zuversicht, daß hier dankbares Andenken und treue Gesinnung Hüter der Grabstätte sein werden. Wir aber reichen uns in dieser Stunde still die Hand in dem Vorsatz, das Andenken dieses Mannes rein und schön zu erhalten, seiner ritterlichen Gesinnung nachzuleben. In kommenden Zeiten wollen wir im Streit der Meinungen zu seinem Bild aufsehen, um stets den Geist der Versöhnlichkeit zu finden, zu seinem Andenken und zum Segen unserer Wittgensteiner Heimat. — Das walte Gott! . . . Zur Ehrung des Andenkens des Heimgegangenen erheben sich die Anwesenden von ihren Sitzen. . . . Herr Bürgermeister Hornung gab sodann dem Wunsche Ausdruck, die Beerdigung sowie die Ausschmückung des Grabes möge auf Kosten des Kreises erfolgen, um so dem herzlichen Dank an den Verblichenen Ausdruck zu verleihen und das Seingedenken im Kreise aufrecht zu erhalten. Bei der Zurdiskussionstellung des Antrages wurden Wortmeldungen nicht gewünscht und so ist anzunehmen, daß der Antrag in einer später stattfindenden ordentlichen Sitzung einstimmig zum Beschluß erhoben werden wird. Unter Punkt Geschäftliches machte der Kreisdeputierte noch die Mitteilung, daß Herr Dr. Schmidt mit der vorläufigen Vertretung des Kreises vom Herrn Regierungspräsidenten beauftragt worden sei.

Erndtebrück, 16. April. Am Samstagabend fand in dem Gasthofe Strohmann hierselbst die diesjährige Jahreshauptversammlung des Schützenvereins unter dem Vorsitze des Schützenhauptmanns Robert Bald statt. Die Versammlung erfreute sich eines guten Besuchs, wie dies bei dem Interesse, welches dem Schützenverein seitens seiner Mitglieder entgegengebracht wird, auch nicht anders zu erwarten war. Herr Bald eröffnete die Versammlung mit einleitenden Worten und gedachte hierbei der durch den Tod abgegangenen Ehrenmitglieder Klempnermeister H. Saßmannshausen, Gastwirt H. Saßmannshausen und Metzgermeister Fr. Frettlöh. Die Versammlung ehrte das Andenken dieser treuen Mitglieder durch Erheben von den Sitzen. Die Jahresrechnung wurde von dem Kassierer vorgetragen. Sie schließt mit einem Bestande von 117,80 RM. ab. Nachdem die Rechnung von einer Kommission geprüft war, wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Das diesjährige Schützenfest soll am 7. und 8. Juli gefeiert werden. Die Ausführung der Musik wurde der Kapelle des evangelischen Volksvereins zu Siegen übertragen, die Festwirtschaft dem Gastwirt W. Saßmannshausen. — Die weiter erforderlichen Vorarbeiten wurden dem Vorstande übertragen. — Die ausscheidenden Vorstandsmitglieder H. Birkelbach, H. Menn, Karl Völkel, Adolf Herrmann, Aug. Frettlöh und Gustav Afflerbach wurden durch Zuruf einstimmig wiedergewählt. — Der Jahresbeitrag wurde auf 3 RM. festgesetzt. — Mit Rücksicht darauf, daß mit dem diesjährigen Vogelschießen auch ein besonderes Preisschießen verbunden werden soll, wurde von einem Preisschießen vor dem Feste Abstand genommen. Dasselbe soll dann in üblicher Weise später stattfinden. — Die Versammlung verlief in der schönsten Weise, wozu der nie versiegende Humor des Hauptmanns Bald erheblich beitrug. Herr Bald versteht es, in der ihm eigenen Art, die Versammlung bei guter Stimmung und somit das Interesse an der Sache wachzuhalten. Er wird auch diesmal seine ganze Person für ein gutes Gelingen des Festes einsetzen, wovon die Versammlung schon einen guten Vorgeschmack bot. Die Teilnehmer werden gern an den schönen Abend zurückdenken.

Berleburg, 15. April. Am sog. Zigeunerberg vor der Lause ereignete sich am Samstagnachmittag ein schweres Verbrechen, indem der Zigeuner August Rebstock seinen Bruder Johann auf der Stelle erschoß. Der Täter stellte sich sofort der Polizei, wo er angab, daß er in Notwehr gehandelt habe. Es sei wegen einer Erbschaftssache zwischen ihm und seinen zwei Brüdern zu Auseinandersetzungen gekommen, in deren Verlauf sein Bruder Johann mit einem Rasiermesser und sein anderer Bruder mit einer Axt auf ihn eingedrungen seien. Die Gebrüder Rebstock sind als jähzornige Menschen bekannt und haben wiederholt Gefängnisstrafen erhalten. (Sieg. Ztg.)

 # Menschenrettung geht über Verkehrsvorschrift. Ein Arzt wurde auf Grund einer Strafanzeige von einem Amtsgericht verurteilt, da er bei seinem Wagen das Schlußlicht nicht hatte brennen lassen. Der Arzt, dem dieser Fehler bekannt war, hatte sich nicht die Zeit genommen, ihn zu beheben, da er dringend zu einem Schwerkranken gerufen wurde. Der Fall kam vor das Kammergericht, und dieses stellte sich auf den Standpunkt, daß hier ein überwiegendes Interesse für den Arzt vorgelegen habe, seiner Pflicht einem Kranken gegenüber auf schnellstem Wege zu genügen, und hob das Urteil des Amtsgerichts wieder auf. In der Begründung wurde gesagt, es hieße die vom Kraftfahrer zu fordernde Sorgfaltspflicht überspannen, wenn in diesem Falle wegen eines nicht brennenden Schlußlichtes eine Strafe verhängt werde.

Aufdruck auf der Außenseite von Briefsendungen.

Für den Aufdruck auf der Außenseite der Briefsendungen ist folgendes zu beobachten: Bei gewöhnlichen und eingeschriebenen Briefsendungen sollen Absenderangaben sowie Werbeanzeigen auf die Rückseite und das linke Drittel der Vorderseite der Briefumschläge beschränkt bleiben. Zu den Briefsendungen zählen hierbei Briefe, Drucksachen, Warenproben, Geschäftspapiere, Mischsendungen, Briefpäckchen, sowie sonstige Päckchen. Die Bestimmungen beziehen sich nicht nur auf Briefumschläge, sondern auch auf Streifbänder. Umschläge können auf der Rückseite bis auf einen 2½ Zentimeter freien Raum am oberen Rande bedruckt werden. Der freie Raum an dieser Stelle wird postseitig nicht in Anspruch genommen, wenn sich auf der Rückseite nur Absenderangaben befinden oder an anderer Stelle der Rückseite ein entsprechend großer Raum freigelassen ist. Damit die Deutlichkeit des Stempels bei den Stempelmaschinen mit über die ganze Breite des Umschlages laufendem Stempel nicht beeinträchtigt wird, ist zweckmäßig, auch auf der Vorderseite den ganzen oberen Rand in einer Breite von etwa 3,5 Zentimeter von allen Angaben frei zu lassen. Für Fensterbriefe besteht folgende Ausnahme: Umschläge mit einem Fenster, das in das linke Drittel der Vorderseite hineinragt, können bis auf weiteres in dem Raum oberhalb des Fensters bis zur Hälfte des Umschlags, in dem Raum unterhalb des Fensters bis zum linken Drittel des Umschlags mit Absenderangaben und Werbeanzeigen bedruckt werden. Die Anschrift kann in der ganzen Breite des Fensters erscheinen. Bestände an Briefumschlägen mit unzulässigem Aufdruck müssen bis zum 31. Dezember 1929 aufgebraucht sein.

*

Wettervorhersage für den 17. April: Wechselnde Bewölkung, meistens trocken, kühl, aber ohne Frost.

Aus Nah und Fern.

△ **Marburg.** (Ausscheiden aus dem Kreisverbande.) Nach der Bekanntmachung im Ministerialblatt der preußischen inneren Verwaltung hat das preußische Staatsministerium am 14. März 1929 das Ausscheiden der Stadt Marburg aus dem bisherigen Kreisverbande des Landkreises Marburg und die Bildung eines eigenen Kreisverbandes (Stadtkreis Marburg) mit Wirkung vom 1. April 1929 beschlossen.

** **Dortmund.** (Eine schwierige Pfändung.) Ein Gerichtsvollzieher hatte auf Grund eines Gerichtsbeschlusses den Auftrag erhalten, in einer Wirtschaft am Ostenhellweg eine Nachpfändung vorzunehmen. Da er Schwierigkeiten befürchtete, ließ er sich, als er den Gang antrat, von zwei uniformierten Polizeibeamten begleiten. Kaum war er mit seinem polizeilichen Schutz in der Wirtschaft erschienen, als sofort die Gäste gegen ihn Stellung nahmen und die Vornahme der Pfändung verhinderten. Obwohl die Polizeibeamten von der Hiebwaffe Gebrauch machten, konnten sie sich doch nicht durchsetzen. Erst das alarmierte Ueberfallkommando vermochte den Widerstand gegen die Pfändung zu brechen.

△ **Auringen.** (Tod durch Sturz in einen Brunnenschacht.) Bei Arbeiten in einem 30 Meter tiefen Brunnenschacht stürzte der 24jährige Rudolf Länder, der nicht angeseilt war, in die Tiefe. Der Wasserstand betrug 12 Meter. Die Wiesbadener Berufsfeuerwehr eilte sofort mit einem Kranken- und Gerätewagen unter Leitung des Brandinspektors Diel herbei. In der Tiefe hatten sich giftige Gase entwickelt und da der Brunnen sehr eng war, mußte erst versucht werden, das Steigrohr zu entfernen. Ein Berufsfeuerwehrmann, ausgerüstet mit einem Atmungsapparat, ging freiwillig in den Schacht, um zunächst die Rohre zu beseitigen, die innerhalb kurzer Zeit hochgezogen wurden. Dann wurde der Verunglückte an die Wasseroberfläche gezogen.

△ **Darmstadt.** (Tragischer Tod eines fünfjährigen Knaben.) Bewohner der Grohbergkolonie bemerkten, daß aus dem Fenster der Wohnung des Fuhrmannes Adam Riedling, Baracke 6a, starker Rauch kam. Einige beherzte Männer, die nichts Gutes ahnten, stießen die Tür zur Wohnung ein und fanden in der Schlafstube quer über dem Bett liegend den fünf Jahre alten Jungen der Witwe Alice Seibel bewußtlos vor. Das Zimmer war stark mit Rauch gefüllt. Das Kind wurde durch die Rettungswache nach dem Krankenhaus verbracht, wo es kurz nach der Einlieferung gestorben ist. Die Ermittlungen der Kriminalpolizei ergaben, daß der Junge in Abwesenheit seiner Mutter mit Streichhölzern spielte und hierbei ein brennendes Streichholz auf eine Holzkiste warf. Das Holz glimmte, und es bildete sich starker Rauch durch eine in Brand geratene Seegrasmatratze.

** **Saarbrücken.** (Der Sohn als Reisegepäck.) Ein Bürger aus Wemmtsweiler (Saargebiet) fuhr mit seinem zwölfjährigen Sohn nach Lebach zum Ferkeleinkauf. Um nun das Fahrgeld für den Sohn zu sparen, steckte der Mann ihn in eine mitgenommene Kiste und nahm ihn als Reisegepäck mit in den Zug. Die Sache wäre auch gut abgelaufen, wenn den Jungen nicht kurz vor Lebach die Neugier geplagt hätte und er aus seinem Versteck, gerade in dem Augenblick, als der Schaffner mit dem Nachprüfen der Fahrkarten beschäftigt war, herausgerufen hätte: „Vadder, sen mer bal da?" Das Ende war, daß der Bauer neben dem Spott auch noch 30 Franken Strafe und das doppelte Fahrgeld bezahlen mußte.

** **Sobernheim.** (Der Hund als Lebensretter.) Beim Spiel fiel hier ein siebenjähriger Knabe in die Nahe. Ein zufällig in der Nähe weilender Schäferhund sprang unaufgefordert in das Wasser, faßte den Knaben bei den Kleidern und schwamm mit ihm ans Ufer. Hier wurde der Knabe von herbeigeeilten Leuten in Empfang genommen und seinen Eltern zugeführt. Das Kind wäre sicherlich ertrunken, wenn das Tier nicht sofort nachgesprungen wäre und es herausgeholt hätte.

□ **Die Haftbeschwerde für Graf Christian Friedrich Stolberg abgelehnt.** Die vom Verteidiger des Grafen Christian eingelegte Haftbeschwerde ist von der Beschlußkammer des Hirschberger Landgerichtes abgelehnt worden. Graf Christian Friedrich bleibt also weiter in Haft.

□ **Riesenunterschlagungen.** In Wilna ist der Wirtschaftsreferent der Direktion der Staatsforsten, Langamer, verhaftet worden. Die Verhaftung weiterer Forstbeamten soll bevorstehen. Wie es heißt, ist die Polizei Unterschlagungen und Betrügereien im Gesamtbetrage von annähernd 50 Millionen Zloty auf die Spur gekommen.

□ **Erdbeben in Nordschweden.** Nach Meldungen aus Stockholm wurde in der Provinz Norrland ein heftiges Erdbeben verspürt, das jedoch nur von kurzer Dauer war. Die Erschütterungen waren so stark, daß die Häuser schwankten, die Scheiben klirrten und in den Wohnungen die Bilder von den Wänden fielen. In der Nähe von Pitea bildete sich ein tiefer Riß in der Erde. Da er sich über eine Landstraße zieht, mußte der Verkehr unterbrochen werden.

□ **Heiratspläne des Kronprinzen von Dänemark.** Kronprinz Friedrich von Dänemark, der ursprünglich in diesem Frühjahr eine Reise nach dem Süden antreten sollte, statt dessen sich zu Ostern mit einem mehrtägigen Aufenthalt in Berlin begnügte, weilt zur Zeit in Stockholm zum Besuch beim Prinzen Karl und Prinzessin Ingeborg, einer Schwester des Königs von Dänemark. In einem Teil der nordischen Presse, in erster Linie der norwegischen, wird dieser Stockholmer Besuch des nunmehr dreißigjährigen Kronprinzen mit Heiratsplänen in Verbindung gebracht. Genannt wird in diesem Zusammenhang die einzige Tochter des schwedischen Kronprinzen, Ingrid, die Ende März 19 Jahre alt wurde.

□ **Bombenwurf in eine politische Versammlung.** Bei einer politischen Versammlung in Degerfors (Wärmland) kam es am Samstag zu schweren Ausschreitungen. Nachdem die Polizei eingegriffen und die Ruhe einigermaßen wiederhergestellt hatte, wurde plötzlich durch das Fenster eine Bombe in den Saal geworfen. Glücklicherweise wurde durch die Explosion nur eine junge Frau verletzt.

□ **Tigerjagd in einer schwedischen Stadt.** In Mäßjö spielte sich eine wilde Tigerjagd ab. Aus dem Transportzuge eines deutschen Zirkus sprang eine Tigerin und lief in die Bahnhofshalle, wo unter den zahlreichen Reisenden eine Panik ausbrach. Der ganze Bahnhof wurde sofort abgesperrt In dem Augenblick, als das Raubtier sich anschickte, auf einen Wärter loszuspringen, gelang es, die Tigerin einzufangen.

□ **Folgenschwerer Flugzeugzusammenstoß über Detroit.** Ueber dem Flugplatz der Fordwerke in Detroit stießen zwei Flugzeuge zusammen. Der Präsident der Maryland-Flugzeugwerke, Kreider, wurde dabei getötet und Kapitän Bruce, der Führer des anderen Flugzeuges so schwer verletzt, daß er bald nach seiner Einlieferung ins Krankenhaus starb.

□ **Fünf Tote und acht Verletzte bei einer Explosion.** Bei einer Explosion in einer chemischen Fabrik in Sao Paulo in Brasilien sind fünf Arbeiter getötet und acht verletzt worden. Der Schaden wird mit 100 000 Mark angegeben.

Auf der Spur einer Mädchenhändlerbande.

Eine Artistin verhaftet.

Die ehemalige Artistin Therese Fischer, die vor einigen Tagen die zehnjährige Tochter eines Landwirts entführt hatte, wurde am Samstag mit dem Kind in einem Preßburger Hotel aufgefunden. Es besteht der Verdacht, daß sie im Auftrage einer internationalen Mädchenhändlerbande, die für Freudenhäuser auf dem Balkan arbeitet, schon mehrere Kinder entführt hat.

Als man ihr das Lichtbild eines im August vorigen Jahres aus Wien verschwundenen siebenjährigen Mädchens vorhielt, erschrak sie und gab nach einem Kreuzverhör zu, auch dieses Kind entführt zu haben. Sie gab an, daß sich das Mädchen zurzeit noch in Magersdorf bei Wien bei einem gewissen Emmerich Donath aufhalte. Die Wiener Polizei ist verständigt worden.

Neueste Nachrichten.

Der wahrscheinliche Inhalt der Gläubigerdenkschrift.

Berlin, 16. April. Der Pariser Berichterstatter des „Berliner Tageblattes" glaubt, in der Lage zu sein, die Grundzüge des Zahlungsplanes, wie sie in der Denkschrift der Gläubigerstaaten niedergelegt sind, wiedergeben zu können. Die Denkschrift behandelt zunächst die Jahreszahlungen für den Zeitraum von 37 Jahren, mit deren Ablauf nach der durchaus berechtigten Ansicht der deutschen Sachverständigen die Reparationspflicht des Deutschen Reiches beendet wäre. Sie beginnen mit etwas über 1800 Millionen Mark, steigen im Laufe von etwa sechs Jahren auf 2000 Millionen und erhöhen sich dann zunächst weiter auf 2400 oder 2450 Millionen Mark. Auf dieser Höhe würden sie für den größten Teil der 37 Jahre anhalten.

Preußische Rettungsmedaille für einen französischen Offizier.

Koblenz, 16. April. Dem Adjutanten Lisse im 23. französischen Infanterie-Regiment, der am 8. September vorigen Jahres einen fünfjährigen Knaben aus Paffendorf bei Koblenz unter eigener Lebensgefahr vom Tode des Ertrinkens gerettet hatte, wurde vom preußischen Staatsministerium die Rettungsmedaille am Bande verliehen. Die Rettungsmedaille wurde dem Adjutanten persönlich vom Regierungspräsidenten Dr. Brandt im Beisein des Verbindungsoffiziers der 38. Infanterie-Division überreicht.

Deutsche Kriegsschiffe besuchen Spanien.

Wilhelmshaven, 16. April. Am Montagnachmittag sind die Seestreitkräfte der Nordsee, das Linienschiff „Schleswig-Holstein", das Linienschiff „Schlesien" und die neun Zerstörer der 2. Torpedobootsflottille ausgelaufen, um eine Spanienreise anzutreten. Die Nordseestreitkräfte treffen sich beim Weserfeuerschiff auf See mit den von Kiel kommenden Seestreitkräften der Ostsee, Linienschiff „Elsaß" und Linienschiff „Hessen" sowie der 1. Torpedobootshalbflottille. Am Dienstag wird dann die Spanienreise angetreten.

Aman Ullahs Marsch auf Kabul.

Moskau, 16. April. Wie aus Afghanistan gemeldet wird, haben die Truppen Aman Ullahs größere Erfolge zu verzeichnen. Die Kavallerie besetzten Ghasui. Von hier rücken die Truppen Aman Ullahs in zwei Richtungen auf Kabul vor. Die östliche Abteilung soll die Stadt Schechabad und die westliche Autscha-Khan besetzen. Der König ist in Ghasui eingetroffen.

Ein englisches Kriegsschiff von Chinesen beschossen.

London, 16. April. Aus Schanghai wird berichtet, daß die Chinesen das englische Kriegsschiff „Tern", das vier Frachtdampfer begleitete und den Fluß Tschang herunterfuhr, mit Geschützfeuer belegten. Auf den Frachtdampfern wurden drei Seeleute verwundet. Das Kriegsschiff, das 40 Treffer erhielt, erwiderte das Feuer nicht.

Christenverfolgung in China.

Peking, 16. April. Der Mohammedaneraufstand in der Provinz Kansu, der im Oktober 1928 unterdrückt wurde, ist mit neuer Kraft ausgebrochen. Die Aufständischen besetzten die Stadt Kungtschang und metzelten die christliche Bevölkerung nieder. Die Stadt wurde dem Erdboden gleichgemacht. Zwei katholische Klöster wurden ebenfalls von den Aufständischen bis auf die Grundmauern zertrümmert. Der Führer der Aufständischen ist der 19jährige „General" Li, der sehr unbarmherzig gegen die christliche Bevölkerung vorgeht. Ueber 300 Dörfer sind bereits seinen Leuten zum Opfer gefallen.

Blutiges Motorradrennen.

Budapest, 16. April. Bei dem Motorradrennen Budapest—Debreczin ereignete sich eine Reihe von Unfällen. Bei einem der Unfälle kamen zwei Fahrer ums Leben, während bei den übrigen die Beteiligten mehr oder minder schwer verletzt wurden. Die Fahrer Dorman und Frankel stießen vor dem Start in einer Vorstadt Budapests in voller Geschwindigkeit zusammen, Dorman war auf der Stelle tot, während Frankel auf dem Wege zum Krankenhaus starb. Die einzige weibliche Bewerberin, Frau Lündsdorff, stürzte viermal von ihrer Maschine, erlitt jedoch zuerst nur leichtere Verletzungen. Beim fünften Sturz zog sie sich eine schwere Kopfverletzung zu, wollte aber das Hilfsauto nicht in Anspruch nehmen, sondern fuhr auf ihrem Motorrad mit blutendem Kopf nach Debreczin, wo sie verbunden wurde. Nach einstündiger Ruhepause setzte sie die Fahrt von Debreczin nach Budapest fort, stürzte aber vor Erschöpfung in der Ortschaft Pilis ohnmächtig von der Maschine.

Eingesandt.

Für die unter dieser Rubrik erscheinenden Einsendungen übernimmt die Schriftleitung keine Verantwortung.

Laasphe, den 15. April 1929.

Ein Wort im Namen vieler Bürger zum Schulhausneubau!

Man mochte es fast für einen Aprilscherz halten, als am Sonnabend, dem 13. April 29, schon wieder zu einer Stadtverordnetensitzung mit der Tagesordnung „Schulhausneubau" für Dienstag, den 16. April, eingeladen wurde; aber es soll seine Richtigkeit haben, trotzdem in letzter Zeit der Schulhausneubau mit Rücksicht auf die unglücklichen Wirtschaftsverhältnisse wiederholt abgelehnt wurde.

Haben der Sparerlaß des Reichsministeriums, der gerade am Morgen der letzten Abstimmung herauskam, die sanfte Ermahnung der Nachbarstadt Biedenkopf, die Reden unserer Reichstagsabgeordneten der verschiedenen Parteien, die alle zur größten Sparsamkeit in diesem Entscheidungsjahr 1929 ermahnten, denn keinerlei Wirkung auf jenen Teil unserer Stadtverordneten, die nun mit aller Gewalt den Schulhausneubau jetzt erzwingen wollen?! Warum? Weil der Zuschuß gewährt wird! Gewiß wäre dieser Zuschuß von Seiten des Staates ein gewichtiger Punkt in normalen Zeitverhältnissen, den man sich nicht entgehen lassen dürfte.

Aber welches Stadtverordnetenkollegium möchte unter den obwaltenden Verhältnissen mit gutem Gewissen der Stadt eine Last aufbürden, die heute noch niemand übersehen kann! Man spricht von 250 000 Mk. Baukosten! Wieviel wird aber nachher an 300 000 Mk. fehlen? Und dann! Beispiele, daß heute jeder Bau mehr kostet als veranschlagt war, können zur Genüge angeführt werden. Ja, wenn es sich für die Stadt um die Schule allein handelte an Ausgaben, die die nächste Zeit erfordert, dann ginge es wohl noch an. Ein jedes Kind in der Stadt weiß es aber ganz genau, daß die ganzen Jahre schon, und besonders jetzt nach diesem strengen Winter, das Hauptproblem die Lösung der **Wasserfrage** ist. Die Wassernot trifft groß und klein und muß beseitigt werden. Die Rote Brücke wartet auch auf Renovierung. So wäre noch manches alte Uebel anzuführen. Also trotz des Staatszuschusses wäre es wohl doch ein gewagtes Stück, die Stadt jetzt mit all diesen Summen bezw. Unsummen belasten zu wollen, zumal wenn sich bisher gar keine Mehrheit für die neue Schule gefunden hat, weil sich eben von der Zukunft unserer Wirtschaft kein Mensch ein klares Bild machen kann.

Wenn sämtliche Stadtverordnete dem Schulhausneubau zugestimmt hätten unter Außerachtlassung der Wirtschaftslage, dann wäre an der Tatsache nichts zu ändern; jetzt, wo aber der Bau mehrere Male abgelehnt ist, ist es geradezu ein **Hohn** für die bisherige Mehrheit, daß man auf Gegenseite immer wieder versucht, nun doch eine Mehrheit zu erringen. Es ist doch keine Entscheidung, ob man Schinken oder Würstchen nach der Sitzung essen soll, sondern eine ernste Entscheidung über Wohl und Wehe der Stadt, die wahrhaftig nicht von einer Stimme, denn darum handelt es sich letzten Endes, abhängig gemacht werden **darf!** Bei einer solchen Entscheidung kommt man nicht alle paar Tage hergelaufen, versucht die Meinung der Gegner mit allen Mitteln zu ändern und bringt dann schließlich auch eine Entscheidung für den Neubau zustande! Liegt darin eine Verantwortung? Hat ein solches System überhaupt einen Wert und schädigt es nicht das Ansehen des Stadtverordnetenkollegiums, wenn man heute so, übermorgen so und nach einigen Tagen wieder ganz anders in einer wichtigen Sache beschließt?

Nun noch ein Wort zu jenem Artikel in der Volksstimme, der nach der letzten Abstimmung erschien. Ich möchte nicht annehmen, daß einer der hiesigen Stadtverordneten daran beteiligt war, denn dazu dürfte sich wohl doch keiner hergeben. Die darin gemeinten Stadtverordneten halten es aber auch ihrerseits unter ihrer Würde, darauf zu antworten. Ich hoffe aber, daß Genosse Rühl, wie angedroht, inzwischen aus der hiesigen Partei ausgestoßen ist oder? Na wir werden's bei der Abstimmung am Dienstag ja sehen.

Bezeichnend ist auch ein Ausspruch eines der hauptinteressierten Stadtverordneten nach der letzten Abstimmung: „Und sie wird doch gebaut, die Laaspher sollen zahlen, zahlen, zahlen!" Gewerbetreibende und Wähler wacht auf, was hier gespielt wird! Und damit sei auch dem Herrn Bürgermeister und den Stadtverordneten der Arbeitnehmerseite zugerufen: „Ueberspannt den Bogen nicht! Keine Industrie ist an Laasphe gebunden! Neue wird unter solchen Umständen schwerlich zuziehen. Auswege aus der jetzigen Notlage sind von einigen Stadtvätern genug gewiesen. Erinnert sei an den Barackenbau der Kriegs- wie Nachkriegszeit. Ein solcher Bau kann später immer noch gute Verwendung finden, wenn die Zeitverhältnisse den Schulhausneubau wirklich zulassen sollten.

Nicht als Proletarierkinder haben wir alten Laaspher die „dicken Kerkermauern" besucht, sondern als gemeinsame Kinder unseres großen deutschen Volkes und fühlten uns nicht als Gefangene, trotz der wohlverdienten Prügel, die leider heute kaum noch verabreicht werden dürfen, sondern als freie, frohe Laaspher und Deutsche! Hoffentlich kommt die Schule, wenn bessere Wirtschaftsverhältnisse es gestatten! Kommt Zeit, kommt Rat! E. Treude.

Für die uns anläßlich unserer Vermählung übersandten Glück- und Segenswünsche sagen recht herzlichen Dank

Fritz Bode und Frau
Hedwig geb. Krämer.

Laaspherhütte, den 15. April 1929.

Nähmaschinen-Reparaturen

auf Wunsch direkt an Ort und Stelle.
— ostkarte genügt. —

Sämtl. Ersatzteile für alle in- u. ausländischen Systeme.

Umtausch von alten auf neue erstklassige **deutsche Marken-Nähmaschinen.**

Friedr. Langenbach, Maschinen-Handlung
früher: Siegen
jetzt: **Laasphe** am Bahnhof 12 (Siedlung)

Radioanlagen? - W. Stähler!

Frankfurter Rundfunkprogramm.

Mittwoch, den 17. April. 6.30: Morgengymnastik. Anschließend: Wetterbericht und Zeitangabe. 12.45—13.15: Schulfunk. Auslandsdeutschtum. 13.15: Schallplattenkonzert: Italienische Opern. 15.05—15.35: Stunde der Jugend. 15.55—16.05: Hausfrauendienst. 16.35—18.05: Von Stuttgart: Konzert des Rundfunkorchesters. 18.10—18.30: Bücherstunde. 18.50—19.10: „Die Kerkerszene in Goethes Faust I. und das Zwischenspiel „Anmutige Gegend" in Goethes Faust II.", Vortrag von Pfarrer Clemens Taesler. 19.10—19.20: Französische Literaturproben. 19.20 bis 19.45: Französischer Sprachunterricht. 19.45—20.00: Senckenberg-Viertelstunde. 20—20.45: Unterhaltungskonzert. 20.45 bis 21.45: Vortragsstunde Joachim Ringelnatz. 21.45: Neue Kammermusik.

Radio-Anlagen

durch **H. Schröder, Laasphe, Kirchplatz 4, Tel. 111.**

Allen verehrten Preisstiftern, Vereinen und Mithelfern sagen wir auf diesem Wege für ihre liebenswürdige Unterstützung anläßlich unseres Wettstreites nochmals herzlichen Dank.

Tambourkorps des Kriegervereins u. Vaterl. Verbände Laasphe.

Frankfurter Produkten- u. Schlachtviehmarkt.

Frankfurt a. M., den 15. April 1929.

— **Produktenmarkt.** Es wurden gezahlt für 100 Kg. in Rm.: Weizen 24.00, Roggen 23.00, Sommergerste 24.00, Hafer inländ. 24.25, Mais (Mixed) 23.00—23.75, Weizenmehl 33.00—33.50, Weizenmehl niederrhein. 32.50—33.00, Roggenmehl 30.00—31.00, Weizenkleie 13.60, Roggenkleie 14.50.

— **Kartoffelmarkt.** Es wurden gezahlt für 50 Kg. in Rm.: Frachtparität Frankfurt a. M. bei Waggonbezug: Industrie, hiesiger Gegend, M. 3.80—3.90. Tendenz: ruhig.

— **Frankfurter Viehmarkt.** Amtliche Notierungen. Bezahlt wurde für 1 Pfund Lebendgewicht in Reichspfg.: Ochsen: vollfleisch., ausgemäst., höchst. Schlachtwert. 1. jüng. 58—61, 2. ält. 53—57, sonst. vollfl. jüng. 46—52; Bullen: jüng., vollfleisch., höchst. Schlachtw. 52—54, sonst. vollfleisch. oder ausgem. 47—51; Kühe: jüng., vollfl., höchst. Schlachtw. 44—48, sonst. vollfl. oder ausgemäst. 40—43, fleisch. 35—39, gering gen. 30—34; Färsen (Kalbinnen u. Jungrinder): vollfl., ausgem., hochst. Schlachtw. 57—60, vollfl. 52—56, fleisch. 47—51; Kälber: beste Mast- und Saugkälber 75—79, mittl. Mast- u. Saugkälber 70—74, geringe Kälber 64—69; Schweine (Lebendgewicht): Fettschweine über 150 Kg. 75—78, vollfl. von 120—150 Kg. 76—78, vollfl. von 100 bis 120 Kg. 76—79, vollfl. von 80—100 Kg. 76—79, fleisch. von 60—80 Kg. 73—76. — Marktauftrieb: Rinder 1694 Stück, seit dem letzten Markt dem Schlachthof direkt zugeführt 73 Stück, insgesamt 1767 Stück, darunter Ochsen 429, Bullen 87, Kühe 690, Färsen 488; Kälber 482:92 = 564, Schafe 43:2 = 45, Schweine 4074:350 = 4424 Stück. — Marktverlauf: Rinder ruhig, Ueberstand; Schweine schleppend, geringer Ueberstand; Kälber und Schafe mittelmäßig, geräumt. — Die große Frankfurter Mastviehausstellung findet vom 9.—12. Mai 1929 statt.

Zum Hausputz

empfehle:
O-Cedar-Mop
Sigella-Mop
Mop-Politur (auch lose)
Dompfaff-Bohnerwachs
Kinnessa-Holzbalsam
Ofen-Lack und Ofenwichse
Herdputzer
„Artifex" und „Blitz"
Herdschmirgel
„Tante Blank"
Messerputzschmirgel
Bohnerbesen
Bohnerwachseinreiber
„Prodomo"
Möbelputzer „Labor-Fac"
Teppichkehrmaschinen
Fensterleder
sämtliche Besen und Bürsten u. s. w.

Aug. Mittelmann,
Laasphe.

Acker

vor den Hasseln, ca. 6 Morgen groß, ganz oder geteilt zu verpachten, ev. auch zu verkaufen.

Wilhelm Schuppener,
Laasphe.

Schreibmaschine

„Orga Privat"
liefert zu Mk. 170.—
Auf Wunsch Teilzahlungen.

Aug. Mittelmann,
Laasphe.

Sämtliche
Garten-Sämereien

frisch eingetroffen.
Wilhelm Hoch,
Laasphe.

Khaki-Champell-Enten

Erpel: Elite Böhm-Holl. (307 Eier Dschn.)
Enten: Wilhelmine (üb. 250 Eier)
Bruteier RM. 0.40.

W. am. Leghorn
bester Abstammung
Bruteier RM 0.40 u. 030.
Fallennesterkontrolle.

Wickel, Rüppershausen.

Ordentlicher, kräftiger
Junge

im Alter von 17—18 Jahren, der mit Pferden umgehen kann, für sofort gesucht.

August Hahn,
Lohe b. Dahlbruch
Kr. Siegen.

Spezial-Germaniageflecht
mit festen Litzen und Stacheldraht.



Drahtgeflechte 4 und 6eckig, Drahtzäune mit Türen, sämtliche Drahtwaren. Preisliste gratis.
Kottmann & Co., G.m.b.H.,
Siegen/W. 21.

Amtliches.

Bekanntmachung.

Ich mache auf den Erlaß des Herrn Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung vom 3. Mai 1922, 22 IV — 10 087 pp. — aufmerksam, wonach Aenderungen im privaten Musikschulwesen dem zuständigen Kreisschulrat anzuzeigen sind.

Berleburg, den 28. März 1929.

Der Landrat. J. V.: Martin.

Die Briefe der Prinzessin.

69] Erzählung von E. Ph Oppenheim.

Gleich darauf betrat die Komtesse das Zimmer. Sie begrüßte ihn mit warmer Herzlichkeit; aber vom ersten Augenblick an wurde er gewahr, daß sie nicht so heiter gelassen und so ruhig war wie sonst. Sie schien von einer nervösen Unrast erfüllt, die sie vergebens zu verbergen suchte.

„Seit wann befinden Sie sich denn wieder in Berlin?" fragte sie, während sie ihm einen Stuhl anbot und selbst an die Tischplatte gelehnt stehen blieb.

„Erst seit dem heutigen Morgen. Aber die wenigen Stunden, die ich nun wieder hier zubringe, haben ausgereicht, mir Berlin zu verleiden, während ich mich dreißig Jahre hindurch ganz wohl hier gefühlt habe. Ich hätte zu einer passenderen Stunde kommen sollen; aber ich hielt es nicht länger aus. Ich mußte mit einem Menschen reden, der mit Buchberg und seinen Bewohnern in Zusammenhang steht."

Die Komtesse nickte ihm lächelnd zu.

„Ich verstehe Sie gut genug. Habe ich doch heute morgen einen Brief von Margot erhalten, der mich von allem unterrichtet hat, was sich auf Buchberg zutrug. Und ich kann Ihnen nicht sagen, wie sehr ich mich darüber gefreut habe."

Sie verschränkte die Hände hinter dem Kopf und reckte, tief aufatmend, ihre Gestalt.

„Wissen Sie, daß ich Sie um diese Reise von Herzen beneidet habe!" sagte sie, und durch die in scherzendem Ton gesprochenen Worte zitterte ein tiefer Ernst. „Ich sehne mich unaussprechlich fort von hier, das Leben ist mir beinahe unerträglich geworden. Ich habe ein Gefühl, als verwandelte man mich hier aus einem Menschen langsam in einen Automaten, der nur auf bestimmte Funktionen eingerichtet ist und empfindungslos bleiben muß für alles Schöne, für alles überhaupt, was das Leben lebenswert macht. Ich hatte von jeher einen Abscheu vor allen Dingen, die den niedrigsten menschlichen Instinkten ihre Entstehung verdanken. Und nun soll ich mich ausschließlich mit solchen Dingen beschäftigen, meine ganzen Gedanken werden von ihnen ausgefüllt. Ich lebe manchmal in der grauenhaften Furcht, daß ich den Weg zu meinem besseren Selbst gar nicht mehr zurückfinden würde, auch wenn das hier abgetan ist."

„Sie sollten das nicht sagen. Gerade Sie habe ich ja oft genug um die schöne Sicherheit beneidet, die Ihnen das Bewußtsein Ihres inneren Wertes geben mußte. Und wenn Sie einer solchen Befürchtung Ausdruck geben, um wieviel mehr müssen wir anderen dann davor zittern!"

„Ich weiß nicht, es ist vielleicht töricht. Denn es müßte ja traurig um unser besseres Selbst bestellt sein, wenn es eine solche Probe nicht aushalten sollte. Aber ich ertappe mich jetzt manchmal auf Anschauungen und selbst auf Rechtsbegriffen, die mir Furcht vor mir selbst einflößen können. Man muß sich davor hüten, sich über das, was wir hier tun müssen und was uns geschieht, Gedanken zu machen und Schlüsse daraus zu ziehen, wenn man nicht an allem irre werden soll. Vielleicht, daß wir später einmal, wenn wir objektiver darüber denken können, sogar einigen Nutzen davon haben werden. Ich will Ihnen auch sagen, weswegen ich mich vor allem so sehr über Margots Schreiben gefreut habe. Nicht so sehr darüber, daß sie sich nun endlich, wenn auch unter gewissen Bedingungen, mit Ihnen verlobt hat; denn daß es dahin kommen würde, habe ich ja von vornherein gewußt. Aber dieser Brief atmet einen anderen Geist, als er Margot hier in Berlin erfüllte. Sie stand viel zu sehr unter dem Bann der traurigen Geschehnisse hier, als daß ich nicht für ihre Seelenruhe hätte fürchten sollen. Nun aber habe ich die zuversichtliche Ueberzeugung, daß sie wenigstens innerlich die Alte geblieben ist, daß ihre Selbstaufopferung ihr keinen Schaden zugefügt hat."

„Nein, Margot kann keinen Schaden an ihrer Seele gelitten haben," sagte er ernst. „Und von Tag zu Tag lerne ich den herrlichen Schatz höher werten, der mir mit ihrer Liebe zugefallen ist."

„Sie tun recht daran, ihn sehr hoch einzuschätzen. Denn es gibt kein selbstloseres und edleres Geschöpf, als es Margot ist. Aber verzeihen Sie, wenn ich sogleich wieder auf die unglückselige Angelegenheit zu sprechen kommen muß, die uns hier in Berlin festhält. Ich habe heute Morgen einen Brief bekommen, der mich im höchsten Maße beunruhigt. Er ist von Dombrowski."

„Wie!" rief Heinz überrascht. „Hat der Bursche die Dreistigkeit, jetzt auch Sie —"

„Er hat zweimal versucht, mich zu sprechen, und ich habe ihn zweimal abweisen lassen, weil ich mich davor fürchtete, ihn zu sprechen. Margot schreibt mir, daß Sie von allen Einzelheiten unterrichtet sind; und ich darf Ihnen daher zu meiner großen Erleichterung den Brief zeigen, den mir der Pole geschrieben. Bitte, wenn Sie ihn lesen wollen —!"

Das Schreiben, das die Gräfin Heinz über, reichte, lautete:

„Gnädigste Gräfin!

Ein bedauerliches Mißgeschick ließ mich für meine Ihnen zugedachte Aufwartung zweimal eine Stunde wählen, zu der Sie nach der Erklärung Ihrer Kammerjungfer nicht in der Lage waren, mich zu empfangen. Ich beklage das um so aufrichtiger, als es nicht ausschließlich meine eigenen Interessen waren, die mir den Wunsch nahelegten, Sie zu sprechen. Es leitete mich dabei vielmehr in ungleich höherem Maße die Hoffnung, Ihnen, gnädigste Gräfin, oder einigen Persönlichkeiten, die Ihnen nahe stehen, einen nach meinem Dafürhalten recht wesentlichen Dienst leisten zu können. Gewisse Umstände, auf die ich hier des näheren nicht wohl eingehen kann, haben mich zum Mitwisser von Vorkommnissen gemacht, deren Bekanntwerden um so weniger in den Wünschen der erwähnten Persönlichkeiten liegen kann, als es nach Lage der Dinge in erster Linie der Staatsanwalt und der Untersuchungsrichter sein müßten, die sich dafür interessieren würden. Meine moralische und gesetzliche Verpflichtung zur Preisgabe meiner zufällig erlangten Kenntnisse beginnt aber erst in dem Augenblick, wo ich für meine Person die Ueberzeugung gewinne, daß es strafbare Handlungen sind, die dabei in Frage kommen. Und ich hege einstweilen noch die angenehme Zuversicht, daß es Ihnen, gnädigste Gräfin, bei vertraulicher Aussprache unschwer gelingen würde, mich von der Haltlosigkeit einer solchen Annahme zu überzeugen. Eine Weigerung, mir diese Aussprache zu gewähren, würde mir allerdings die unausweichliche staatsbürgerliche Pflicht auferlegen, die Aufklärung den berufenen behördlichen Organen zu überlassen, und ich würde nicht in der Lage sein, die erforderlichen Schritte um länger als achtundvierzig Stunden hinauszuschieben. Deshalb erbitte ich von Ihrer Güte eine sofortige Mitteilung, wann und wo ich innerhalb der bezeichneten Frist die Ehre und das Vergnügen haben kann, Sie zu sprechen. Zur Vermeidung von Mißverständnissen aber möchte ich noch hinzufügen, daß es sich bei den neuerlich zu meiner Kenntnis gelangten äußerst wichtigen Momenten nicht etwa die — vielleicht ganz unverfänglich zu erklärende — Wahrnehmung handelt, von der ich bereits zu einem Ihrer Freunde gesprochen, sondern um eine bedeutsame Feststellung, die an und für sich wohl geeignet scheint, Licht in das Dunkel der Affäre Martens zu bringen. Mit der Versicherung, daß ich mich glücklich schätzen würde, wenn gnädigste Gräfin mir dazu verhelfen könnten, diese Entdeckung, die bisher ausschließlich mein Geheimnis ist, auch weiterhin als solches behandeln zu dürfen, habe ich in Erwartung Ihrer umgehenden Rückäußerung die Ehre, mich Ihnen zu empfehlen als

Ihr gehorsamster
Dr. Dombrowski."

Schweigend faltete Heinz das Blatt zusammen und gab es der Gräfin, deren Augen in angstvoller Erwartung auf seinem Gesicht ruhten, zurück. Achtlos barg sie es im Ausschnitt ihrer Bluse.

„Und —? Was raten Sie mir zu tun? Soll ich ihm nun doch schreiben, daß ich bereit wäre, ihn zu empfangen?"

Entschieden schüttelte Hollfelden den Kopf.

„Keinesfalls!" sagte er fest. „Natürlich muß jemand mit Dombrowski reden, denn der Ton seines Schreibens läßt ja leider keinen Zweifel darüber zu, daß er tatsächlich für uns unangenehme Entdeckungen gemacht hat. Aber ich würde es für verfehlt halten, wenn Sie ihn empfangen wollten. Sie dürfen ihm keine Zugeständnisse machen, aber Sie müssen ihm gegenüber auch davor auf der Hut sein, etwa falsche Angaben zu machen oder auch nur ihm in das Gesicht hinein etwas direkt abzuleugnen. Ich aber kann frei und offen mit ihm reden, ohne dabei für meine Person Gefahr zu laufen oder Sie in Gefahr zu bringen."

„Dasselbe habe ich auch gedacht," erwiderte die Komtesse in sichtlicher Erleichterung. „Und ich wünschte Sie mir deshalb sehnlichst herbei, als ich heute morgen den Brief empfing. Nun, mein Wunsch ist in Erfüllung gegangen. Und wenn Sie wirklich das schwere Opfer bringen wollten — —"

„Von einem Opfer kann dabei nicht die Rede sein. Ist es doch jetzt auch meine Angelegenheit, um was es sich hier handelt, und es sind meine Interessen, die ich dabei verfolge. Es hat sich hier in Berlin in der Zwischenzeit nichts zugetragen, nichts, das ich wissen müßte, ehe ich zu Dombrowski gehe?"

„Nein! Ich selbst bin bis auf den zweimaligen Besuch Dombrowskis von allen weiteren Unannehmlichkeiten verschont geblieben. Und ich habe die Zeitungen sehr eifrig studiert, um vielleicht eine Notiz darüber zu finden, ob die Polizei auf eine Spur des Täters gekommen sei; aber das Schweigen, in das man sich an amtlicher Stelle hüllt, läßt darauf schließen, daß man auch dort noch nicht viel weiter gekommen ist."

Nun hielt es Hollfelden für angezeigt, ihr von seiner Unterredung mit der Choristin des „Eldorado-Theaters" Mitteilung zu machen. Er legte ihr die Frage vor, ob sie vielleicht im Laufe der Zeit irgendeine Beobachtung gemacht habe, die die Vermutung rechtfertigen könne, Martens sei verheiratet gewesen.

(Forts. folgt.)